



*Anders als die Politiker
sollten wenigstens die Unternehmer
ihren Nachfolgern ein geordnetes Haus hinterlassen.*
Carl Zimmerer

Der EURO

Große Chance oder Enteignung der deutschen Sparer?

Von Dipl.-Kfm. Holger Schmitz, München*

Der Euro - so stark wie die DM?

In weniger als 500 Arbeitstagen beginnt die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion. Anfang Januar 1999 wird der Euro unsere DM als Zahlungsmittel ablösen - wenn auch zunächst nur als Buchgeld. Im Jahr 2002 heißt es dann jedoch, endgültig Abschied nehmen von der "härtesten Währung der Welt". Im Vorfeld der Währungsunion warnen viele Skeptiker vor den Folgen der Abschaffung der Deutschen Mark, aber ist das, was da in Form des Euro auf uns zukommt, denn wirklich so schlimm für uns Deutsche? Ist die Angst, "ein Objekt des berechtigten Stolzes gegen ein Hanswurst-Geld einzutauschen" (*Le Figaro* vom 25. 11. 1996) überhaupt gerechtfertigt? Beteuern nicht tagtäglich unsere Politiker, daß der Euro genauso stark sein wird wie die DM? Leider wird diese oft gehörte Aussage auch durch noch so viele Wiederholungen nicht glaubwürdiger und leider stammt sie von denselben Politikern, die uns schon vor einigen Jahren bei der deutschen Wiedervereinigung "blühende Landschaften" versprochen haben. Was daraus geworden ist, wissen wir nur zu gut.

Kommt der Euro überhaupt?

Die Hoffnung, daß die Europäische Währungsunion uns Deutschen vielleicht erspart bleiben könnte, weil außer Luxemburg zur Zeit kein weiteres Land (auch Deutschland nicht!) die sogenannten Maastricht-Kriterien erfüllt, muß leider trügen. Die Europäische Währungsunion und damit das Ende der DM wird kommen, ja sie muß kommen, weil sie - entgegen der wirtschaftlichen Vernunft - politisch gewollt ist! Auch wenn es von interessierter Seite bestritten wird, der Verlust der DM ist der Preis für die deutsche Wiedervereinigung vor sechs Jahren, den Deutschland an seine europäischen Nachbarn bezahlen muß. Paris und London haben nur unter dem Vorbehalt einer Einbindung eines erstarkten Deutschland in ein europäisches Korsett ihre massiven Vorbehalte gegen eine Wiedervereinigung aufgegeben. So wird zum Beispiel der (sozialistische) Präsident der Europäischen Kom-

mission, der Franzose Jacques Delors, mit der Bemerkung zitiert, daß er sich "nicht mit der Wiedervereinigung und der Mark abfinden wolle". François Mitterand sprach damals ausdrücklich von einem "Opfer", das Deutschland erbringen müsse. (*Der Spiegel* vom 30. 12. 1996). Hinzu kommt, daß aus der Sicht des europäischen Auslandes das größte Feindbild nicht in Bonn oder in Berlin zu finden ist, sondern in Frankfurt, nämlich die Deutsche Bundesbank. Diese Institution, nach deren Pfeife alle europäischen Nachbarn tanzen müßten, gilt es zu entmachten. Denn für unsere europäischen Nachbarn ist es schier unerträglich, ihre nationale Souveränität über Zins- und Währungspolitik de facto an die Deutsche Bundesbank abtreten zu müssen. Und so erleben wir immer wieder dasselbe Spiel: Die Bundesbank erhöht oder senkt Diskont- und Lombardsatz, und alle anderen Notenbanken müssen folgen - ob sie wollen oder nicht.

Und die Maastricht-Kriterien?

Die Europäische Währungsunion wird also kommen und mit ihr der Euro. Was aber ist nun so schlimm an dieser gemeinsamen europäischen Währung? Insbesondere, wenn doch die 'strikte' Einhaltung der Maastricht-Kriterien dafür sorgen wird, daß nur die 'stärksten' Länder und deren Währungen von Anfang an 'mit dabei' sein dürfen? Aber gerade an den beiden Hauptkriterien, der geforderten Schuldenquote von höchstens 60% des Bruttoinlandsproduktes und der jährlichen Neuverschuldung von maximal 3%, scheiden sich ja die Geister. Als im Dezember 1991 im Vertrag von Maastricht die ominöse Zahl von 60% festgelegt wurde, entsprach dies fast genau dem Durchschnitt aller 15 Länder der Europäischen Union. Damals hatten noch Länder wie Deutschland oder Frankreich eine Staatsverschuldung von ungefähr 40% des Bruttoinlandsproduktes und waren somit weit entfernt von dem beschlossenen Grenzwert. Inzwischen ist die durchschnittliche EU-Schuldenquote jedoch jedes Jahr kontinuierlich gestiegen und betrug im letzten Jahr schon beängstigende 71%, und Deutschland und Frank-

*Gastbeitrag -- Der Autor ist Mitinhaber der Vermögensverwaltungsgesellschaft SCHMITZ & PARTNER Jagdstraße 14 85521 Ottobrunn Telefon (089) 62 98 72 93 Telefax: (089) 62 98 72 94

reich haben längst Schuldenstände, die dicht bei oder über 60 % liegen. Wie konnte es dazu kommen? Als im Vertrag von Maastricht die absolute Schuldenhöhe von 60% festgelegt wurde, hoffte man das weitere Anwachsen der Staatsverschuldung dadurch zu begrenzen, daß man das zulässige Haushaltsdefizit (die jährliche Neuverschuldung) auf 3% vom Bruttoinlandsprodukt festlegte. Da die damalige durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes aller EU-Länder auch 3% betrug, konnte man davon ausgehen, daß die absolute Staatsverschuldung nicht weiter ansteigen würde. Leider war und ist die unterstellte Zuwachsrate von 3% für das Wirtschaftswachstum viel zu optimistisch und somit stieg die Verschuldung schneller als die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes. Als Konsequenz kann heute der weitaus größte Teil der 15 EU-Länder beide Grenzwerte nicht mehr erfüllen.

Bilanzkosmetik für Maastricht

Dennoch wird im Moment von allen beteiligten Ländern verzweifelt versucht, den Anforderungen des Maastrichter-Vertrages gerecht zu werden. Da außer Luxemburg jedoch kein Land die Voraussetzung zur Teilnahme an der Währungsunion erfüllen kann, ist schon seit einiger Zeit nicht mehr die Rede von der "strikten" Interpretation der Kriterien, die ja die Stabilität des Euro garantieren sollten, sondern nur noch von einer "verantwortlichen" oder "angemessenen" Anwendung. Was für eine verräterische Sprache!

Hinzu kommt das Bemühen einiger Länder, durch Einmaleffekte das Klassenziel doch noch zu erreichen. So soll zum Beispiel das französische Budget im nächsten Jahr - als Gegenleistung für die Übernahme von langfristigen (!) Pensionsverpflichtungen - mit einer einmaligen Überweisung der France Telecom von knapp 40 Milliarden Franc geschönt werden. Ähnliches geschieht in Italien

mit der Einführung einer Euro-Steuer oder auch in Belgien, wo die Notenbank im großen Stil Gold verkauft. Damit wird deutlich, daß es offensichtlich nur darauf ankommt, sich mit großer Kraftanstrengung künstlich und einmalig gesund zu rechnen ("Tarnen und Täuschen", *Focus* vom 25. 11. 1996), um zum Kreis der 'erlauchten Teilnehmerstaaten' zu gehören. Faktisch läuft die Währungsunion darauf hinaus, daß niemand ausscheiden wird, der einmal aufgenommen wurde, unabhängig davon, was der einzelne Staat auch für Verfehlungen begeht - die ewige Mitgliedschaft sozusagen!

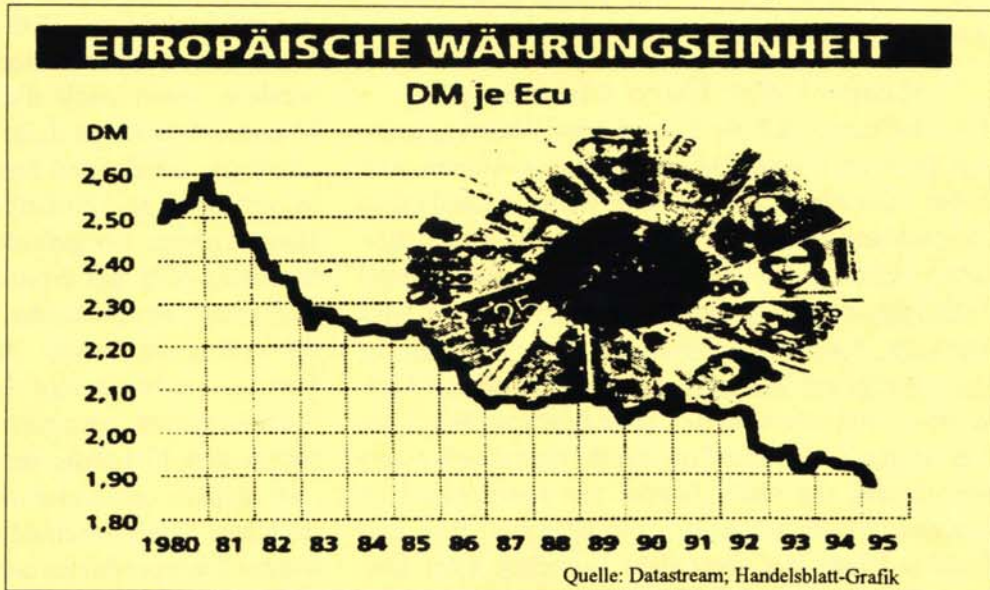
Abwertungswährung Euro

Da nützt auch der Mitte Dezember in Dublin auf Druck der deutschen Regierung eiligst beschlossene Stabilitätspakt wenig bis gar nichts. Dieser "Placebo für die deutsche Bevölkerung" (Volker Hölterhoff, Chefökonom der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank) sollte die Versäumnisse des Maastrichter Vertrages (insbesondere den Artikel 104c) korrigieren, in dem nicht ausreichend geregelt ist, wie zum Beispiel übermäßige Staatsverschuldung verhindert werden soll. Außer Deutschland wollte aber kein Staat einen Automatismus, der ein über den Grenzwerten liegendes Haushaltsdefizit erschwert bzw. verhindert.

Ganz im Gegenteil: Der französische Präsident Jacques Chirac bestand mit Härte darauf, daß Geldbußen nach Artikel 104c des Maastrichter Vertrages letztendlich im Europäischen Ministerrat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müssen. Sollten also - was nach heutigem Stand kaum vermeidbar sein dürfte - gleich mehrere Länder die Obergrenze der jährlichen Neuverschuldung verfehlen, so werden diese Länder sich wohl nicht noch selbst Sanktionen auferlegen. Der "Stabilitätspakt" ist somit alles andere, nur nicht ein Pakt zur Stabilität der Währung!

Und so schreibt die britische *Times* am 16. 12. 1996 völlig zu Recht: "Germany has lost the battle for a euro which will be as good as the deutschemark". (Deutschland hat die Schlacht um einen Euro, der so stark wäre wie die D-Mark, verloren).

Wie die Zukunft des Euro aussehen wird, zeigt der Blick in die Vergangenheit und auf den unmittelbaren Vorläufer des Euro, den Ecu, der seit Anfang der achtziger Jahre knapp 30% seines Wertes gegenüber der DM eingebüßt hat. (Abbildung).



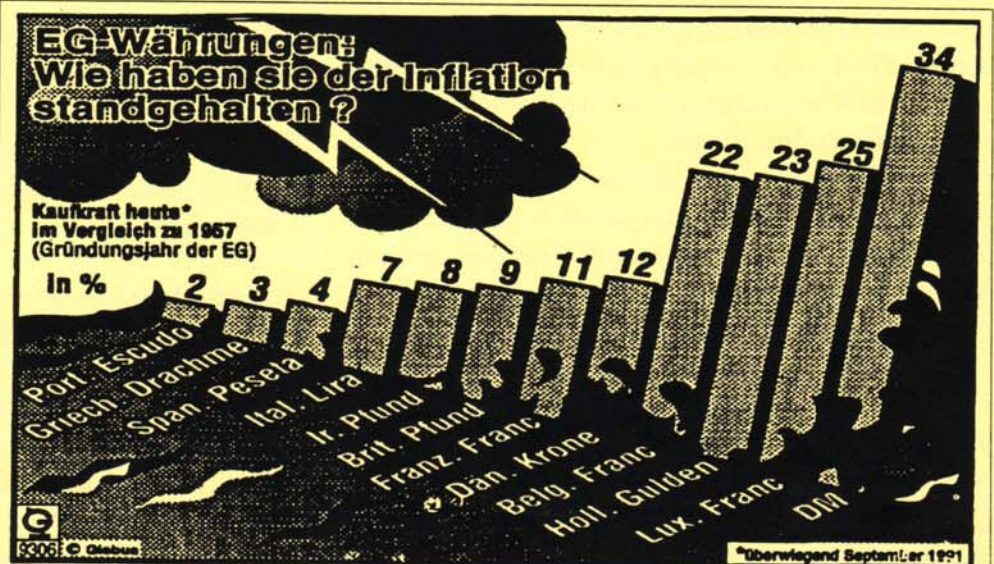
Ein Stabilitätspakt ist offenbar nicht im Sinne anderer Staaten. So spricht zum Beispiel Frankreich bewusst immer nur von einem "Stabilitäts- und Wachstumspakt", und Jacques Chirac sieht den Euro als ein

“Instrument im Dienste des Wachstums”. Noch deutlicher äußert sich sein Wirtschafts- und Finanzminister Jean Arthuis: “Die Eurowährung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument im Dienste des Wachstums und der Beschäftigung” (*Handelsblatt* vom 17. 12. 1996). Als Folge wird der Stabilitätspakt “...nichts als eine leere Hülle und der Euro eine klare Weichwährung” (*Zürcher Trend* vom 19. 12. 1996). Kann man die wahren Absichten der Europäischen Währungsunion noch besser zum Ausdruck bringen? Der Euro soll abgewertet werden, um so auf Kosten einer stabilen Kaufkraft (an der außer den Deutschen sowieso kaum jemand ernsthaft interessiert ist) mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das erinnert fatal an die Worte des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der sagte, ihm seien 5% Inflation lieber als 5% Arbeitslosenquote. Wenig später hatte er beides! Es ist inzwischen gesichertes Erkenntnis, daß auf Dauer Arbeitsplätze nur in einer stabilen Wirtschaft mit einer stabilen Währung geschaffen werden können und nicht mit einer Abwertungswährung. Denn sonst hätten Länder wie zum Beispiel Italien oder Spanien, deren Währungen in den letzten Jahrzehnten einen schwindelerregenden Kaufkraftverlust hinnehmen mußten, wahre Beschäftigungsparadiese!

Aber es ist für die Politik natürlich deutlich leichter, die Ursachen einer zu hohen Arbeitslosigkeit bei anderen zu suchen (fälschlicherweise zum Beispiel bei der Deutschen Bundesbank), als den schwierigen und harten Weg einer politischen Veränderung zu gehen. Lieber tauscht man kurzfristige Vorteile (Strohfeuer Wachstum und Arbeitsplätze) gegen langfristige Nachteile ein (erhöhter und permanenter Kaufkraftverlust des Euro). Die Vorteile kann man als Politiker sofort in Wählerstimmen umsetzen; die Nachteile werden erst sichtbar, wenn die (un)verantwortlichen Funktionsträger längst nicht mehr an der Macht sind und zur Rechenschaft gezogen werden können. In den aktuellen Diskussionen über die Europäische Währungsunion wird deutlich, daß außer Deutschland kein einziger weiterer potentieller Teilnehmerstaat wirklich an einer dauerhaften Stabilität des Euro interessiert und notfalls bereit ist, für dieses Ziel auch Opfer zu bringen. Warum auch? Außer der Schweiz und Deutschland hat es kein europäischer Staat nach dem Zweiten Weltkrieg für nötig befunden, die massive Auszehrung der privaten Ersparnisse seiner Bürger durch Inflation zu verhindern. Angesichts der auf hohem Niveau weiter stark steigen-

den Staatsverschuldung ist es doch in erster Linie die öffentliche Hand, die vom Kaufkraftschwund profitiert, weil die Schuldenlast durch inflationiertes Geld auf Kosten der Sparer massiv abgebaut wird. Nur die unabhängigen, den Regierungen nicht verpflichteten Notenbanken in der Schweiz und in Deutschland haben bisher noch Schlimmeres verhindert. Leider wird es die Deutsche Bundesbank nur noch kurze Zeit geben, und dann existiert in ganz Europa nur noch eine einzige von Weisungen und Einflußnahmen der Regierungen unabhängige Notenbank - und die sitzt in der Schweiz!

Und die Europäische Zentralbank? Auf die Unabhängigkeit der neu entstehenden Europäischen Zentralbank zu hoffen, erscheint doch sehr blauäugig. Niemand kann vorhersagen, wie nachdrücklich und mit welchen Ergebnissen die künftige europäische Notenbank im Spannungsfeld der unterschiedlichen politischen Interessen ihr Stabilitätsziel verfolgen wird; zumal sich bereits im Vorfeld gewichtige Stimmen zu Wort gemeldet haben, die “der künftigen Zentralbank ganz klar ihre Grenzen aufzeigen” wollen (Jacques Chirac). Es ist daher kein Zufall, daß das Europäische Währungsinstitut als Vorläufer der zukünftigen Europäischen Zentralbank nicht wie die Deutsche Bundesbank arbeiten wird. Der Präsident des Instituts, Alexandre Lamfalussy, betonte daher kürzlich noch einmal: “Das hier vorgeschlagene Modell ist keine Kopie der Deutschen Bundesbank”. (*FAZ* vom 11. 01. 1997). So haben alle Währungen der potentiellen Teilnehmerstaaten in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zur DM (bisher zusammen mit dem Schweizer Franken Stabilitätsweltmeister) deutlich, zum Teil dramatisch an Kaufkraft verloren! Liegen die Benelux-Staaten mit einer Werteinbuße von rund Dreiviertel noch gut im Rennen, so haben die Währungen von Italien, Irland, Großbritannien, Frankreich oder Dänemark rund 90% ihrer Kaufkraft verloren, von den absoluten “Loosern” wie Portugal, Griechenland oder Spanien ganz zu schweigen. (Abbildung).



Quelle: Das Parlament 20. 12. 1991

Und mit diesen Ländern soll Deutschland eine Währungsunion eingehen, bei der im übrigen nach einer Aussage von Jacques Chirac "die Zahl der Startteilnehmer wesentlich höher sein wird als bisher angenommen" (FAZ vom 16. 12. 1996)! Der Euro kann also gar keine Hartwährung werden, bestenfalls wird er "semi-soft" (The Times vom 16. 12. 1996). Somit müssen die an einer stabilen Kaufkraft interessierten Sparer ihre Erwartungen für die Zukunft an den Erfahrungen aus der Vergangenheit ausrichten, und die sind alles andere als vielversprechend.

Auch aus der Tatsache, daß in den letzten zehn Jahren in einigen Ländern die Inflationsrate niedrig war, kann nicht geschlossen werden, daß die Notenbanken dieser Länder auch in der Zukunft eine stabile Geldpolitik verfolgen werden. So hatte beispielsweise Frankreich in den 15 Jahren von 1952 bis 1967 mit durchschnittlichen Inflationsraten von nur 3,4% pro Jahr eine lange Phase erfolgreicher Stabilitätspolitik betrieben. Danach kamen jedoch 17 Jahre von 1968 bis 1985, in denen der durchschnittliche Kaufkraftschwund schon 9,2% ausmachte. Die auf Extrapolationsversuchen basierenden Hoffnungen einiger Befürworter der Europäischen Währungsunion, die Zeiten hoher Inflationsraten seien endgültig vorbei, führen somit - wie ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt - schnell in die Irre.

Inflation enteignet Sparer

Die Sorgen der deutschen Sparer um die langfristige Werthaltigkeit ihrer privaten Anlagegelder in einer vollendeten Europäischen Währungsunion sind somit nur allzu gut nachvollziehbar, denn nicht nur eine (bereits zweimal in diesem Jahrhundert erlittene) Hyperinflation mit anschließender Währungsreform entzieht den Ersparnissen den Boden.

Auch eine vermeintlich "mäßige" Inflationsrate führt innerhalb eines Zeitraumes von zwanzig bis dreißig Jahren (und um die geht es bei einer finanziellen Absicherung fürs Alter ja mindestens) zur weitgehenden Erosion des Realwertes des Geldvermögens. Schon bei einer von verschiedenen Seiten als "akzeptabel" benannten Preissteigerungsrate von jährlich etwa 5% hat das Geld nach zwanzig Jahren fast zwei Drittel seiner Kaufkraft verloren und nach dreißig Jahren sogar mehr als drei Viertel.

Da nützt es auch wenig bis gar nichts, wenn hohe Inflationsraten von hohen Zinssätzen begleitet werden. Ein einfaches Beispiel möge diese Aussage verdeutlichen: Eine Geldanlage mit einem Nominalzins von 5 Prozent bringt bei Preisstabilität und einem Steuersatz von 50 Prozent auf Zinseinkünfte eine Realverzinsung von 2,5 Prozent. Um dieselbe Realverzinsung bei einer Inflationsrate von 5 Prozent zu erzielen, müßte der Nominalzins nach Steuern schon auf 7,5 Prozent steigen, vor Steuern also auf 15 Prozent! Die Geldentwertung verstärkt somit den steuerlichen Zugriff auf die Zinseinkünfte des privaten Sparers -- und zur fakti-

schen Enteignung durch negative Realverzinsung nach Steuern ist es nur noch ein kleiner Schritt! Inflation zerstört dabei nicht nur die Ersparnisse des Einzelnen und letztendlich die Währung selbst, sondern sie gefährdet auch die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft. Es ist bezeichnend, daß gerade *Lenin* die Aussage zugeschrieben wird, daß der sicherste Weg, eine bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, die Zerrüttung ihrer Währung ist!

Volksabstimmung über den Euro?

Noch niemals in der Geschichte ist eine harte und gut funktionierende Währung abgeschafft worden, warum also geben wir Deutsche eine erwiesenermaßen stabile Währung auf, um uns dafür den Euro einzuhandeln, der "sich zu der vermutlich risikoreichsten wirtschaftspolitischen Maßnahme der Nachkriegszeit entwickeln wird" (Finanzwoche)? Leider - oder aus der Sicht unserer Politiker: Gott sei Dank! - haben wir in Deutschland nicht die Möglichkeit, über die Abschaffung der DM und über die Europäische Währungsunion abzustimmen. Denn aktuelle Umfragen berichten von einer Ablehnungsquote von rund drei Viertel der Bevölkerung! Dabei wäre nach Artikel 20.2 des Grundgesetzes eine solche Abstimmung durchaus möglich ("Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und *Abstimmungen*... ausgeübt"). Aber gerade das Instrument "Volksabstimmung" scheinen die deutschen "Volksvertreter" noch mehr zu fürchten als die dann und wann unvermeidlichen Wahltage. Es läuft somit darauf hinaus, daß der Euro gegen die ablehnende Mehrheit des Volkes kommen wird!

Flucht aus dem Euro?

Welche Möglichkeiten gibt es nun für den deutschen Sparer, wenn er schon nicht an der Wahlurne über den Euro abstimmen kann? Er kann mit den Füßen abstimmen und dem Euro den Rücken kehren! Warum sollte er auch sehenden Auges an einer Währung festhalten, die seine Ersparnisse nicht bewahren kann, und die "mit hoher Wahrscheinlichkeit im europäischen Desaster enden" wird? (Börsen-Zeitung vom 31. 12. 1996). Was hindert den Sparer daran, nicht zumindest den für die langfristige Anlage gedachten Teil seiner Gelder in eine andere, werthaltigere Währung zu tauschen?

Noch gibt es keine Kapitalverkehrskontrollen in Deutschland, die eine ungehinderte Ausfuhr von Kapital verhindern. Bedenkt man jedoch, daß bereits die Einführung der Quellensteuer vor wenigen Jahren nach vorsichtigen Schätzungen 300 Milliarden DM ins Ausland getrieben hat (Deutsches Steuerrecht vom 13. 12. 1996), dann muß jetzt, wenn es um die gewaltige Summe von knapp 5.000 Milliarden DM Geldvermögen in Deutschland geht, die Frage erlaubt sein, ob dies von Dauer sein wird, oder ob die Aussetzung des freien Kapitalverkehrs möglicherweise schon in naher Zukunft zwingend wird.

Solange ein ungehinderter Tausch der Deutschen Mark in langfristig werthaltigere Währungen möglich ist, sollte der Sparer hiervon auch Gebrauch machen - aber nur den Teil des Vermögens, der mittel- bis langfristig zur Verfügung steht, der Rest bleibt in der DM bzw. später im Euro.

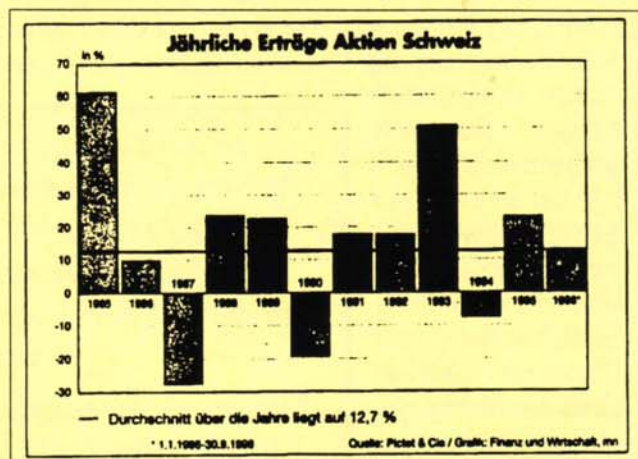
Aber welche Währung bietet sich für den stabilitätsverwöhnten deutschen Sparer für die nächsten zehn, zwanzig oder noch mehr Jahre an? Grundsätzlich kommen selbstverständlich nur solche Währungen in Frage, die auf absehbare Zeit nicht in den Euro-Block aufgenommen werden und gleichzeitig genügend Anlagealternativen bieten, also aus heutiger Sicht nur die Dollar-Währungen, der japanischen Yen und natürlich vor allem der Schweizer Franken.

Bedenkt man den seit über dreißig Jahren intakten Abwärtstrend des Dollars, der nur in der Reagan-Ära in der ersten Hälfte der achtziger Jahre kurzfristig unterbrochen wurde, und der zu einer Drittteilung seines Wechselkurses zur Deutschen Mark geführt hat, erscheint es wenig sinnvoll, hier auf eine grundlegende Umkehr zu hoffen. Und auch die ewigen Dollar-Optimisten, die ständig aufs falsche Pferd gesetzt haben, die deutlichen Kursrückgänge der letzten Jahre mitmachen mußten und dennoch unverdrossen auf irgendwann steigende Dollarkurse hoffen, sollten nicht als Ratgeber für wechselwillige Euro-Skeptiker herangezogen werden.

Zu ähnlicher Vorsicht muß beim japanischen Yen geraten werden. Eine Währung, die innerhalb von wenigen Jahren von 1,40 DM auf rund 1 DM abstürzt, dann auf knapp 1,70 DM steigt, um anschließend sofort wieder auf 1,40 zu fallen, disqualifiziert sich mit dieser Achterbahnfahrt als solide und vertrauenswürdige Anlagevaluta. Da zudem hinlänglich bekannt ist, daß die japanische Regierung ihre Währung nach Belieben manipuliert, verbietet sich eine dauerhafte Anlage im japanischen Yen.

Die einzige Währung, die das Vertrauen des langfristigen Kapitalanlegers in vollem Umfang verdient, ist der Schweizer Franken! Durch die konsequente Geldmengensteuerung der Schweizer Nationalbank und die Politik der niedrigen Inflationsraten wird das Angebot an Schweizer Franken auch in Zukunft knapp gehalten werden und die Währung somit werthaltig bleiben. Hinzu kommt die in den nächsten Jahren tendenziell eher zunehmende Nachfrage nach Kapitalanlagen in der Schweiz, vor allem, wenn deutlich wird, daß der Euro nicht so hart sein wird wie die Deutsche Mark es war. Hinzu kommen die "steuersensiblen" Gelder von den Bankplätzen Luxemburg und Österreich, die wegen der Be-

strebung zur "Harmonisierung der Zinsbesteuerung" der Europäischen Union deutlich an Attraktivität verloren haben. Schon jetzt wird am Finanzplatz Schweiz mit knapp 3.000 Milliarden Franken die Hälfte des weltweiten Wertpapiervermögens verwaltet - Tendenz weiter steigend. Wie aber legt der an der Schweiz interessierte Investor sein Kapital nun an? Die Antwort kann nur lauten: Auf lange Sicht fährt der konservative Anleger am besten mit ausgewählten Schweizer Aktien. Obwohl in den vergangenen elf Jahren immerhin drei Jahre mit Verlusten zu verzeichnen gewesen waren, betrug die Durchschnittsrendite von Schweizer Aktien in diesem Zeitraum knapp 13 Prozent pro Jahr. (Abbildung).



Eine intelligente und sorgsame Auswahl von Aktien (die dem Anleger kaum ein Kreditinstitut nennen wird) kann diese jährliche Wertsteigerung noch entsprechend steigern. Selbst für risikoscheue Anleger, die einen Teil ihres Wertpapiervermögens lieber in festverzinsliche Schweizer Anlage-Instrumente investieren möchten, weist die in den letzten elf Jahren zu erzielende Rendite von 5,5% noch genügend Attraktivität auf, zumal wenn man bedenkt, daß schon in der Vergangenheit noch ein zusätzlicher Aufwertungseffekt des Schweizer Franken gegenüber allen Währungen in der Welt zu berücksichtigen war und erst recht in der Zukunft (insbesondere gegenüber dem Euro!) einzubeziehen sein wird.

Ausblick

Der Euro wird kommen und lange nicht so hart werden, wie unsere bewährte Deutsche Mark es in den vergangenen 50 Jahren war. Der kluge und vorausschauende Sparer schaut dem prognostizierbaren und dem von der Mehrzahl der Politiker bewußt in Kauf genommenen Wertverlust des Euro nicht untätig zu, sondern investiert sein Kapital (bevor Kapitalverkehrsbeschränkungen eingeführt werden!) in die härteste Währung der Welt und legt dabei gleichzeitig in rentablen und sorgsam ausgewählten Schweizer Wertpapieren an.